

Dr. Franz Segbers

Es geht auch anders!

Reichtum ist gewollt. Armut auch! - Plädoyer für eine gerechte Verteilung

Esslingen, 12.10.2010

Stellen Sie sich vor, Sie stehen an einer Bushaltestellen und ein bekannter Fernsehmoderator würde sie von einer Plakatwand anlächeln. Darunter steht der Spruch: „Bei Armut und Ungerechtigkeit hört der Spaß auf. Bedarfsdeckend Grundsicherung und anständige Löhne jetzt! Es ist genug für alle da!“ Schade, dass es diese Werbung für mehr Solidarität nicht gibt. Dabei ist die Not bedrückend. Jeder siebte in Deutschland ist arm, weil er von weniger als 925 Euro im Monat leben muss.

Wenn Sie ein Bild wählen müssten, das unsere Gesellschaft abbildet, welches wäre passender: Passt noch das Bild einer gemütlichen Knolle, bei der es oben ein paar Reiche und unten ein paar Arme gibt, doch die Gesellschaft in der Mitte einen prallen Mittelschichtsbauch hat? Oder ruht eine schmale Oberschicht auf einem breiten Sockel von Armen? Deutschland eine Zwiebel oder eine Pyramide? Mehr als 2000 Studenten wurde gefragt und fast alle entschieden sich für das Bild der Pyramide. Ich glaube aber, dass dieses Bild der Pyramide nur vordergründig beschreibt, was man sieht. Das Bild der Pyramide erklärt nämlich nicht die Dramatik, die dazu geführt hat, dass sich ein Land mit einer Sozialstruktur, die mit einer Zwiebel abgebildet werden kann, zu einer Pyramide entwickelt hat.

1. These: Armut war weithin überwunden. Sie kehrt zurück.

Ich glaube aber, dass dieses Bild der Pyramide nur die halbe Wahrheit ausdrückt. Das Bild der Pyramide erklärt nämlich nicht, warum sich das Land von einer Sozialstruktur, die mit einer Zwiebel abgebildet werden kann, zu der einer Pyramide entwickelt hat.

Wer über Armut reden will, der muss zunächst feststellen: Armut kehrt zurück. Sie war weithin bekämpft. Es war Heiner Geissler, der in den 70er Jahren von einer neuen Armut sprach und beispielsweise auf die Rentnerinnen hinwies, die von ihrer

schmalen Rente nicht leben konnten. Wer nicht organisiert war, der geriet ins Abseits. Heiner Geissler hatte damals die Bundesrepublik damit aufgerüttelt und eine Staat gefordert, die konsequent Armut vermeidet. Dieser Warnruf wurde zum Impuls magere Renten auf zu bessern oder schlecht bezahlte Jobs aufzuwerten. Und so wurde eine Rentenreform verabschiedet mit dem Ergebnis, dass der letzte Armutsbericht der Bunderegierung noch feststellen konnte, dass Altersarmut kein Problem mehr darstellen würde. Doch diese sozialpolitische Erfolgsmeldung stand wohl das letzte Mal in einem Armutsbericht. Heute schon sind 16 Prozent aller älteren Bürger arm. Betroffen sind vor allem Frauen, die in Teilzeit gearbeitet haben, Selbständige, Freiberufler und Behinderte, die mit weniger als 799 Euro monatlich auskommen. Die Bundesregierung hatte für Langzeitarbeitslose zunächst noch ein fiktives Einkommen von 400 Euro monatlich in der Rentenversicherung angesetzt, später waren es nur noch 200 Euro. Der Beitrag der Bunderegierung zum Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung war, diesen Betrag von 200 Euro jetzt ganz zu streichen. Altersarmut ist zurückgekehrt. Die Politik hat die umlagefinanzierte Rente mutwillig geschwächt und zerstört.

Was können wir daraus lernen? Armut fällt nicht vom Himmel. Armut ist gemacht und gewollt. Aber auch: Politik kann Armut erfolgreich bekämpfen.

Die Bekämpfung von Armut wird verbal von allen Politikern als Ziel anerkannt. Aber es geschieht nicht nur nicht. Die Wirtschaftskrise wird genutzt, die Spaltung noch zu vertiefen. Die Bunderegierung betreibt eine Politik, die Armut verschärft.

Lange gab es in unserer Gesellschaft die Überzeugung, dass es aufwärts geht, dass wir in einer Aufzugsgesellschaft leben. Unseren Kindern soll es einmal besser gehen – so das Motto, mit dem auch ich groß geworden bin. Dieses Bild der Aufzugsgesellschaft, in der es allen besser geht, die Reichen zwar reicher wurden, es den Ärmeren aber auch besser geht, wird der Wirklichkeit nicht mehr gerecht. Es geht nicht mehr für alle aufwärts. Das Bild hat sich umgekehrt: Während es für die einen aufwärts geht, geht es für die anderen nach unten. Aus der Aufzugsgesellschaft ist eine Paternostergesellschaft geworden. Längst erodiert die ehemals sichere Mittelschicht an ihren Rändern aus. Kinder mit guter Ausbildung bekommen keine Jobs, hangeln sich von einem Praktikum zum nächsten, von einem Zeitvertrag zum nächsten.

In den 80er Jahren war Arbeitslosigkeit der Hauptgrund für Armut. In den 90-er Jahren rückte die Kinderarmut in den Mittelpunkt. Seit der Jahrtausendwende ist Arbeit der Hauptgrund für Armut. Jetzt nagt Armut schon an den Lebenslagen vieler Familien, die sich zur Mittelschicht zählen: Warum ist das so? Warum nimmt die Anzahl der Armen zu – und die der Reichen auch? Warum schrumpft die Mittelschicht?

»Nicht nur Armut, auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein«, forderte einst (1997) das Sozialwort der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland. Diese Forderung gab den Anstoß zu zahlreichen Armuts- und Reichtumsberichte auf Bundes-, Länder- oder gar Stadtebene. Bezeichnend ist, dass Baden-Württemberg als das reichste Bundesland sich nach wie vor weigert, einen Armutsbericht zu erstellen. Das drückt die Meinung der politischen Eliten aus, nicht nur die Schattenseiten des wohlhabenden Landes auszublenden. Man will auch vertuschen, auf wessen Kosten es diesen Wohlstand gibt. Man will die Armut nicht zur Kenntnis nehmen, die in einem Land, wo so viel Geld und Kapital vorhanden ist, besonders beschämend ist.

Im letzten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird auf 363 Seiten eine Fülle von Details über Lebenslagen unterschiedlicher sozialer Gruppen und über bedrückende Lebensumstände erheblicher Teile der Bevölkerung dargestellt enthält. Doch wer die Reichen sind, erfährt man dort nicht. Auch über eine Grundtatsache spricht der Bericht nicht: Warum breitet sich in der reichen Bundesrepublik die Armut überhaupt aus? Was hat die Armut der Vielen mit dem Reichtum der Wenigen zu tun? Warum wird der Reichtum im Land nicht herangezogen, um Armut zu einer Angelegenheit von gestern zu machen – wir kommen ja schließlich aus einer Gesellschaft, die Armut wenigstens weitgehend überwunden hatte?

2. These: In der Definition, was Armut ist, liegt das Problem und die Lösung. Wer Armut als Mangel an Einkommen oder Güter definiert, der denkt vom Mangel her. Wer Armut als Mangel an Rechten definiert, der fordert mehr Rechte und Selbstbestimmung.

Seit 1984 hat Armut in Europa einen neuen Namen, nämlich „Ausschluss“. Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft hatte damals beschlossen, diejenigen

Personengruppen als arm zu definieren, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sei von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsland, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“.

Armutsgefährdet ist wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung zur Verfügung hat. Dieser Wert betrug 2008 für einen Ein-Personen-Haushalt in Deutschland 787 Euro. Vor genau zehn Jahren, im März 2000, wollte der damalige Ratspräsident Antonio Guterres die Regierungschefs Europas auf das Ziel verpflichten, bis 2010 – also bis heute, Armut in der EU zu überwinden. Soweit wollten die europäischen Regierungschefs dann aber nicht gehen. So beschlossen sie die AGENDA 2010 mit der bescheidenen Zielvorgabe für die EU, „die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen“. Dies ist nicht gelungen – seit 2000 ist die Armut in der EU kontinuierlich angestiegen. Die Agendapolitik der EU und in Deutschland ist nicht nur gescheitert und hat Armut gefördert. Fast 85 Mio. Menschen in der EU gelten offiziell als arm, darunter 19 Mio. Kinder. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission haben das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ ausgerufen, denn „die Stärkung des sozialen Zusammenhalts sowie die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ müssten „für die Europäische Union eine Priorität werden“. Im Juni hat die Europäische Kommission nicht nur eingestanden, dass die Agenda 2010 gescheitert ist. Sie hat auch eine Nachfolgestrategie verfasst. Doch dabei hat sie auf konkrete Ziele und Zahlen zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung verzichtet und nur das vage Ziel verkündet: Im Jahr 2020 soll es in der EU rund 20 Mio. weniger arme Menschen geben. Deutschland hat massiv gegen jegliche Festschreibung eines gemeinsamen Ziels zur Armutsbekämpfung Bedenken angemeldet. Man will Armut um zwanzig Mio. reduzieren und setzt dafür jetzt die Zahlen herauf. So haben die EU-Arbeits- und Sozialminister drei Indikatoren festgelegt zur Bestimmung von Armut. Darunter sollen Menschen fallen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnitts beträgt oder die in einem Haushalt ohne Verdiener leben. Als Armutskriterium gilt auch, sich bestimmte Güter oder Dienstleistungen nicht leisten zu können, beispielsweise den regelmäßigen Konsum von Fleisch oder Fisch, eine Waschmaschine oder einen Arztbesuch. Die EU-Staaten sollen aber auch eigene Indikatoren festlegen können, passend zur Situation im jeweiligen Land. Den Mitgliedsstaaten bleibt freigestellt,

welche Indikatoren sie auf nationaler Ebene heranziehen. Das heißt: Man muss eigentlich nicht tun und steht am Ende gut da.

Es gibt keinen wissenschaftlich-objektiven Begriff von Armut. Armut ist mehr und etwas anderes als bloße Einkommensarmut, die sich statistisch beziffern lässt. Wer arm ist, der ist ausgeschlossen von guter Bildung, guter Arbeit, bewohnt eine schlechtere Wohnung oder ist kränker und fühlt sich in der Gesellschaft nicht recht zu Hause. Armut hat damit zu tun, dass die Mehr bestimmte Mitmenschen zu Armen macht. Das sind Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund. Die Folge ist: Diese Mitmenschen müssen in schlechteren Wohnungen leben, haben schlechter bezahlte Arbeit, ernähren sich schlechter ernähren, haben einen schlechteren Zugang zu Bildung. Diese unterschiedlichen Lebenslagen sind zu einem Großteil Folge von Einkommensarmut. Armut ist der Ausschluss von Menschen von den Möglichkeiten, dem Reichtum und den Ressourcen einer Gesellschaft.

Der indische Philosoph Amartya Sen hat ein Konzept entwickelt, das deutlich gemacht: Armut hat damit zu tun, wie Menschen sich verwirklichen und sich in die Gesellschaft einbringen können. Armut ist dann nicht ein Mangel an Geld oder Gütern, sondern auch und vor allem ein Mangel an Freiheit und Möglichkeiten, die diese Güter in unserer Gesellschaft verschaffen. Nicht was Menschen haben, entscheidet über Armut, sondern was sie tun und sein können. Dazu brauchen sie innere und äußere Verwirklichungschancen. Wer wenig hat, über den wird bestimmt. Die Verfügung über ein ausreichendes Einkommen ist dabei eine unabdingbare Voraussetzung. Je mehr oder je weniger eine reiche Gesellschaft bereit ist, von ihrem Reichtum zur Bekämpfung der Notlagen der Mitbürger abzugeben desto mehr oder weniger Armut gibt es in einer Gesellschaft.

Kein Reichtum ohne Armut: Reichtum in unsere Gesellschaft bedeutet, Geld und Vermögen zu haben statt es immer wieder neu verdienen zu müssen. Wer reich ist, der kann sein privates Eigentum vermehren, indem er fremde Arbeit in Anspruch nimmt. Armut ist ein Mittel, Reichtum zu vermehren. Deshalb ist Armut nicht einfach das eine Ende einer Skala und Reichtum das andere Ende. Armut und schlechte Arbeitsbedingungen, Armut trotz Arbeit sind das Mittel, den Reichtum zu vermehren. Armut ist schlecht verteilter Reichtum und falsch verteilte Macht, also Ohnmacht. Deshalb kann man über Armut nicht reden, wenn man nicht über Reichtum spricht,

den Verursacher von Armut. Und deshalb bedroht eine ungleiche Verteilung des Reichtums auch die Demokratie.

3. These: Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die soziale Krise, dass es Armut und Arbeitslosigkeit in einem reichen Land gibt, sind die beiden Seiten der gleichen Medaille.

Die Finanzkrise wird abgesagt. Die soziale Krise und die Krise der Öffentlichen Haushalte stehen vor der Tür. Während die Finanzmärkte sich wieder auf *business as usual* einstellen, soll die Bevölkerung mit Sparpaketen bezahlen, was das Finanzdesaster an Löchern in die Öffentlichen Haushalte gerissen hat. Wie die Kosten der Krise verteilt werden, entscheidet über mehr oder weniger Armut in den nächsten Jahren.

Es geht nicht allein um die Finanz- und Wirtschaftskrise: Wir haben es mit einem Bündel von Krisen zu tun – der Finanzkrise, der Wirtschaftskrise, der Umweltkrise, der Sozialstaatskrise und eine Krise der anständigen Arbeit. Diese Krisen haben eines gemeinsam: Sie sind das Ergebnis einer verfehlten Politik, die sich an neoliberalen Grundsätzen ausgerichtet hat. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die soziale Krise, dass es Armut und Arbeitslosigkeit in einem reichen Land gibt, sind die beiden Seiten der gleichen Medaille. Die Wirtschafts- und Finanzkrise *und* die soziale Krise haben den gleichen Ursprung in einer verfehlten und falschen neoliberalen Ideologie. Arbeitslosigkeit und die Prekarisierung der Arbeitswelt gehören zum funktionierenden Finanzmarktkapitalismus wie das Wasser zum Duschen. Wer also Armut mitten im Reichtum muss den Finanzmarktkapitalismus überwinden. Wir brauchen einen totalen Paradigmenwechsel. Die neoliberale Wahnidee, die uns in die Katastrophe geführt hat, muss zerstört werden. Wir brauchen eine normative Weltsicht. Eine Welt, in der zum Beispiel die Menschenrechte auf Nahrung, Wasser, Wohnen, Bildung und Gesundheit Vorrang haben.

Die Armen sind die ersten Leidtragenden dieser wirtschaftlich und politisch falschen Politik. Eine Politik nach dem Motto „Weniger Staat und mehr Markt“ ist gescheitert. Genau dies meint die EKD in ihrem Wort zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise vom Juni dieses Jahres. Im Vorwort zu diesem Wort sagt Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender des EKD: „Wieder hat eine neue Zeitrechnung begonnen. Wir sprechen von der Zeit nach der Krise – wie vor zwanzig Jahren von Deutschland

nach der Wende. ... Wo eben noch Privatisierung und Deregulierung als wirtschaftliche Heilsbringer galten, war plötzlich der Ruf nach dem starken Staat zu hören.“ Wir stehen vor einem Scherbenhaufen: Der neoliberale Marktfundamentalismus, der seit zwei Jahrzehnte die Politik geprägt und das Denken bestimmt hat, ist gescheitert. Das heißt aber nicht, dass er am Ende ist, denn für viele waren die letzten Jahre eine goldene Zeit.

Es geht nicht um einzelne Banker, die zu gierig gewesen sind, sondern um ein ganzes System, das uns Goldene Kalb tanzt. Der Novartis Chef Daniel Vasella hat seit Jahren eine Rendite von 25 Prozent als Minimum bezeichnet. Porsche hatte 2008 einen Gewinn, der den Umsatz übersteigt. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich auf dem Höhepunkt der Reichtumsentwicklung. Reich wie nie zuvor wird dieser Reichtum immer ungerechter verteilt. Nach einer im Januar 2009 vom DIW veröffentlichten Studie mit neuesten Analysemethoden hat die Vermögensumverteilung von unten und von der Mitte nach oben in den letzten Jahren beschleunigt stattgefunden. Dieser Studie zufolge besaß das reichste Prozent der Bevölkerung 23 Prozent des Vermögens in Deutschland während die untere Hälfte der Bevölkerung keinerlei Vermögen und die 10 Prozent ausschließlich Schulden besaßen.

Diese Schiefverteilung ist hat strukturelle und politische Ursachen. Drei Ursachen können benannt werden: Die Deregulierungspolitik, die Sozialreformen und die Schwächung der Gewerkschaften.

Die erste Ursache ist die *Deregulierungspolitik* der letzten drei Jahrzehnte, die von dem Versprechen begleitet wurde, dass die Selbstheilungskräfte des Marktes das beste Steuerungsinstrument für die gesellschaftliche Entwicklung seien. Daraus wurde gefolgert, dass die „Leistungsträger“ mehr verdienen, die Löhne gesenkt und die Sozialleistungen gekürzt werden müssten. Im Windschatten der Krise versuchen einige diese Politik verstärkt fortzusetzen: Steuersenkungen, die ohne Krise nicht durchsetzbar werden, werden jetzt gemacht.

„Es darf nicht mehr sein, dass die Banken und die Banker die Kiste gegen die Wand fahren und dann den Steuerzahler aufräumen lassen. Wir brauchen Regeln, damit der Staat nie wieder von den Banken erpresst werden kann.“ So Angela Merkel auf

einer Wahlkampfkundgebung in Kassel (FAZ Nr. 220 vom 22.09.2009, 3 - Hessenteil). So reagiert Bundeskanzlerin Merkel auf die Finanzkrise. Sie gibt zu, erpresst worden zu sein. Sie konstatiert eine Übermacht der Finanzmärkte und die eigene Ohnmacht. Vollmundig hatte noch zehn Jahre zuvor der Chef der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer auf dem World Economic Forum in Davos den versammelten Regierungschefs und Konzernchefs angedroht, dass die Finanzmärkte die Politik unter Druck setzen: „Die meisten Politiker sind sich immer noch nicht darüber im Klaren, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ Dies bedeutet nichts anderes als dass die Banken die demokratisch gewählte Regierungen beugen und zu einer Politik der Anpassung an die Interessen der Finanzmärkte zwingen.

Die Politik hat die Reichen begünstigt und begünstigt sie weiterhin:

- die Vermögenssteuer wurde gestrichen,
- die Gewinne der „Heuschrecken“ sind steuerfrei gestellt worden,
- die Spitzensteuersätze und die Unternehmenssteuern wurden gesenkt, die Steuern werden gesenkt.

Die zweite Ursache sind die *Sozialreformen*. Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze haben die Ungleichheit in der unteren Einkommensschicht verschärft. Denn das Arbeitslosengeld II drückt die Mehrheit der früheren Bezieher und Bezieherinnen von Arbeitslosenhilfe an bzw. unter die Armutsschwelle.

Die dritte Ursache ist die Schwächung der Gewerkschaften. Erst wenn die Gewerkschaften wieder stark genug sind, über Tarifverträge und Gegenmacht die Verteilung zu verändern, gibt es einen Ausweg aus der Krise.

Die Finanzmarktkrise macht sich in immer mehr Lebensbereichen bemerkbar. Sie hat sich mittlerweile zur größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten entwickelt, die die Fundamente unseres Wirtschaftssystems empfindlich berührt. Die Finanzkrise hat zu einem starken Einbruch der Weltwirtschaft geführt und hatte deshalb einen starken Einbruch des Exportweltmeisters Deutschland zur Folge. Die Politik hat die Krise für beendet erklärt. Doch jetzt kommt die Krise erst bei den Menschen und besonders den Armen an. Die Bundesregierung hat unmissverständlich deutlich gemacht, bei wem sie die Gelder holen will, die für die Finanzierung der Finanzkrise aufgewendet

werden mussten. Das „Sparpaket“ mit einem Volumen von 11,1 Milliarden im Jahre 2011 und von insgesamt über 80 Milliarden in den Folgejahren enthält Sparbeschlüsse, die zu mehr Armut führen. Solange Deutschland eine Steueroase für Erben, Vermögende und Spekulanten darstellt, kann von sozialer Gerechtigkeit keine Rede sein. Kanzlerin spricht von einem „fairen Ausgleich“ zwischen Sozialkürzungen und Belastungen der Wirtschaft. Es geht aber nicht um einen fairen Ausgleich zwischen Sozialkürzungen und der Wirtschaft, sondern um einen fairen Ausgleich zwischen Arm und Reich gehen, also zwischen denjenigen, die unter der Finanz- und Wirtschaftskrise am meisten zu leiden haben und den Krisengewinnlern.

Die leeren Öffentlichen Kassen sind kein Naturereignis, sondern politisch gewollt. Seit Jahren setzt die Finanz- und Haushaltspolitik auf Steuersenkung: Gegenüber dem Jahr 2000 hat der Staat durch Steuersenkungspolitik auf Einnahmen in Höhe von 80 Mrd. Euro jährlich verzichtet. Da es keinen Mindestlohn in Deutschland gibt, müssen mit Steuergelder nach Berechnungen des Sozialwissenschaftlers Gerd Bäcker 9,5 Mrd. Euro an Steuergelder für die sog. Aufstocker aufgewendet werden. Warum hat die Bundesregierung nicht die Steuersenkung für Hotels zurückgenommen? Das hätte 1 Mrd. Euro erbracht. Auch die Entlastung der Kapitaleinkünfte und die Abgeltungssteuer von 25 Prozent blieben unangetastet. Schließlich bedient die Bundesregierung die Vermögenden durch einen Verzicht auf einen Spitzensteuersatz von 46 Prozent und einer Vermögenssteuer. Hätten wir nur Steuereinnahmen im EU-Durchschnitt, hätten wir 120 Milliarden Euro jährlich mehr. Gegenüber Frankreich haben die öffentlichen Hände ca. 131 Mrd. Euro Mindereinnahmen. Insgesamt belaufen sich die Steuerausfälle bezogen auf 1998 auf aktuell jährlich ca. 50 Mrd. Euro.

Die Konsolidierung des Haushalts angesichts massiver Staatsverschuldung wird strategisch für den Umbau des Staates „auf das unbedingt Notwendige“ instrumentalisiert. Die Einnahmeseite ist kein Thema, da die Haushaltssanierung zum vordringlichen Ziel erklärt wird. Mit dem Verweis auf leere Kassen lassen sich dann sozialpolitische Reformen und gesamtgesellschaftlich plausibel machen. Am Ende herrscht der Sachzwang vor, man müsse schließlich doch sparen. So wird durch rigorose Einnahmekürzung eine Politik der leeren Kassen inszeniert, um anschließend mit dem Druck von leeren Kassen Politik machen zu können. Mit der

Finanztransaktionsteuer, der Heraufsetzung des Spitzensteuersatzes und weiterer Schritte könnten insgesamt 160 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen erzielt werden. Statt den sozial Schwachen einseitig zu belasten, wären dann sogar mehr und bessere Bildung, ein Ausbau der sozialen Infrastruktur und der ökologische Umbau möglich. Mit mehr Staatsausgaben würde die Wirtschaft angekurbelt.

Eigentliches Steuerungszentrum des Finanzmarktkapitalismus sind (Aktien-)Märkte, auf denen mit fiktivem Kapital gehandelt wird. Die Unternehmen sind eine Kapitalanlage in den Händen der Aktionäre. Folglich bedienen die Manager ausschließlich die Interessen der Aktionäre. Die Interessen der Belegschaft, der abhängig Beschäftigten, der Kunden, der öffentlichen Hand und das Interesse an der Erhaltung der natürlichen Umwelt spielen keine oder nur eine nachrangige Rolle. Die Finanzmärkte üben Druck auf die Unternehmen aus, damit möglichst wenig Steuern, möglichst niedrige Löhne gezahlt und möglichst geringe Sozial- und Umweltabgaben entrichtet werden.

Während die Eigenkapitalrendite trotz Krise bei 16, 18 oder gar 25 % fixiert ist, werden die flexibel Beschäftigten zu einer Manövriermasse, deren „Aussteuerung“ der Absicherung des Gewinnziels dienen soll. Das hohe Geldvermögen wirkte wie ein Treibstoff für die Finanzmärkte. Das Geld hat immer neue Anlagemöglichkeiten im Kasino gesucht und dadurch den Sozialstaat unter Druck gesetzt. Diese Wirtschaftskrise und die Krise der Öffentlichen Haushalte wird jetzt genutzt, diese neoliberale Politik zu verschärfen. Der Soziale soll ausgehungert werden. Deshalb ist es nötig, Armut und Ausgrenzung als Folge einer neoliberalen Wirtschaftspolitik zu erfassen und die Kosten genauso zu berechnen, wie der CO₂-Ausstoß als umweltpolitische Folge fehlerhafter Umweltpolitik berechnet wird.

4. These: Wir brauchen eine Erneuerung des sozialstaatlichen Diskurses. Der Sozialstaat ist der Schlüssel zur Regulierung des Finanzmarktkapitalismus.

Die Krise ist keine rein ökonomische Krise. Die Krise muss genutzt werden, einen entfesselten Kapitalismus durch den Sozialstaat reformpolitisch zu zivilisieren. Es müssen deshalb die zivilgesellschaftlichen Kräfte und die Gewerkschaften gestärkt werden, damit eine demokratische Aneignung des Finanzmarktkapitalismus

organisiert werden kann. Der Sozialstaat ist der Schlüssel zur Regulierung und demokratischen Aneignung des Finanzmarktkapitalismus.

Die entscheidende Frage lautet: Woran wollen wir uns orientieren, damit aus dem Umbau des Sozialstaates nicht eine Entkernung des Altbaus wird? Jetzt zeigt sich, dass die Agenda 2010 und Hartz IV keines der Probleme gelöst hat. Die Arbeitslosigkeit wurde nicht beseitigt, die Armut stieg und es gibt immer mehr Menschen, die arbeiten und arm sind. Es war ein Reformspektakel.

Die Kernfrage einer demokratischen Gesellschaft, die über die eigene Zukunft reflektiert, lautet: Wie wollen wir leben? Sie lautet nicht: Was ist gut für die Unternehmen und das Wirtschaftswachstum? Was für die Unternehmen gut ist, ist eine sekundäre Frage, denn zunächst muss ein Gemeinwesen die Kriterien für ein gutes Leben aushandeln. Erst dann ist die Frage zu beantworten, was denn der Einzelne und was die Wirtschaft für dieses gute Leben beitragen kann.

Wie wollen wir leben? Das Wesen pluralistischer Gesellschaften besteht darin, dass Einzelinteressen und gesamtgesellschaftliche Interessen ausgeglichen werden. Dieser Konsens wird beschädigt, wenn die partikulären Interessen einer gesellschaftlichen Gruppe den Ausschlag geben, etwa die der Unternehmen. Wenn Reformaufgaben nur ökonomisch gesehen wird, dann wandert der Blick auf Pleiterekorde, Massenarbeitslosigkeit, Lohnnebenkosten und nicht in den Blick kommen die zunehmende Spaltung zwischen arm und reich, die Niedriglöhner, die ökologischen Schäden unserer Lebens- und Wirtschaftsweise. Bedenkt man dies mit, dann bekommen wir eine ganz andere Antwort auf die Kernfrage: Wie wollen wir leben? Gehört es dann nicht zu der Antwort zu sagen: Wir wollen in einer intakten Umwelt leben, in einer friedlicheren Welt, in welcher der Wohlstand möglichst gerecht verteilt allen zugutekommt. Wir wollen, dass Menschen ein Einkommen haben, mit dem sie auskommen können, um eine gute Basis für gelungene zwischenmenschliche Beziehungen leben zu können. Kurz gesagt: Deutschland ist ein Ort, wo Menschen leben und nicht eine möglichst profitabel zu gestaltende Investitionsstätte.

5. These: Maßstab für Reformpolitik ist Gerechtigkeit: Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen

Der Sozialstaat gehört zum Kostbarsten, was diese Republik geschaffen hat. Der Sozialstaat ist das Dach, das Menschen vor den Stürmen und dem Hagelschlag des Kapitalismus schützt. Darüber lästern kann nur der, wer kein Dach braucht. Damit verträgt es sich nicht, wenn immer mehr Menschen ausgegrenzt werden, wenn die deutsche Gesellschaft wieder zur Klassengesellschaft wird, wenn eine steigende Zahl von Kindern in Armut aufwächst. Soziale Rechte sind Rechte auf Teilhabe, sie sollen den Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft wahren und sie vor Verwahrlosung bewahren. Dies verlangt auch, den Sozialstaat so zu pflegen, dass er den Stürmen standhält, keinen Regen durchlässt und schützt.

Weil das Leben ungerecht beginnt und ungerecht endet, und dazwischen auch ungerecht zugeht, brauchen wir den Sozialstaat. Der eine wird mit dem silbernen Löffel geboren, der andere in irgendeiner Hochhaussiedlung. Der eine wächst auf mit Büchern, der andere mit Drogen. Das Schicksal teilt ungerecht aus. Damit diese Lotterie aber nicht das ganze Leben bestimmt, braucht es den Sozialstaat. Der Sozialstaat ist also Schicksalskorrektor.

Zum Sozialstaat gehört auch, dass Bedürftigen ein Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gegeben hat. Das Karlsruher Urteil weist dem Sozialstaat eine zupackende Aufgabe zu. Die höchsten Richter haben die Politik kritisiert, die uninteressiert und schludrig die Gesetzgebung zumal die Beträge für Kinder in armen Verhältnissen festgesetzt hat. Wenn der Staat schon nicht dafür sorgen kann, dass alle Kinder in geordneten Verhältnissen geboren werden, dann muss er wenigstens dafür sorgen, dass sie die Förderung erfahren, die sie brauchen. Der Sozialstaat als Schicksalskorrektor.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 9. Februar 2010 festgestellt, dass die unter der Chiffre „Hartz IV“ umstrittene Grundsicherung für Arbeitsuchende „mit Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz unvereinbar“ sind. Damit wurde der Kernbestand jener arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen, die als „Mutter der Reformen“ (Wolfgang Clement) gefeiert worden waren, bereits nach fünf Jahren annulliert.

Das Verfassungsgericht hat nun aus Art. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 GG ein individuell einklagbares soziales Grundrecht auf ein menschenwürdiges

soziokulturelles Existenzminimum spezifiziert. Dieses Grundrecht ist dem Grunde nach unverfügbar, muss gesetzlich eingelöst werden und ist an den jeweiligen Lebensbedingungen auszurichten. Die grundrechtliche Garantie umfasst auch die „Möglichkeit zur Pflege menschlicher Beziehungen und zu einem Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“ (Leitsatz 1).

Das Urteil aus Karlsruhe, das den Sozialstaat rehabilitiert hat, ist die Langfassung eines Satzes, der in der Präambel der Schweizerischen Verfassung von 1999 steht: „Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.“ Das ist ein durchaus mutiger Satz, weil diese Stärke gern an ganz anderen Faktoren bemessen wird. Die einen messen die Stärke von Volk und Staat am Wachstum, am Bruttosozialprodukt und am Exportüberschuss, die anderen reden dann vom starken Staat, wenn sie mehr Polizei, mehr Strafrecht und mehr Gefängnis fordern. Zu wenige reden von der Stärke eines Volkes, wenn es darum geht, menschenwürdige Mindestlöhne durchzusetzen. Zu wenige reden vom starken Staat, wenn es darum geht, soziale Ungleichheit zu beheben, etwas gegen die Langzeitarbeitslosigkeit zu tun und die Sozial- und die Bildungspolitik gut miteinander zu verknüpfen.

Das Bundesverfassungsgericht hat ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gefordert. Doch die Bundesregierung hat alles kleingerechnet. Da kommen dann Absurditäten heraus wie monatlich 1,79 Euro für den Friseur, 4,26 Euro für das Essen pro Tag oder 75 Cent für Straßenbahn und Bus am Tag. Ein Bier fällt ganz aus. Sie sollen doch Sprudelwasser trinken, empfiehlt Frau von der Leyen. Das ist beschämend und entwürdigend. Hier wird Armut statistisch zementiert, mehr nicht. Die Bunderegierung bekämpft nicht die Armut von Menschen, sondern die Armen. Gerechtigkeit sieht anders aus.

Eine Reformpolitik, die sich am Sozialstaat ausrichtet, wie ihn die Richter erneut in Erinnerung gerufen haben, bekäme die Aufgabe, dazu beizutragen, dass die Lebensqualität aller Menschen sich bessert. Reformen müssen deshalb an diesem Ziel dadurch gemessen werden, ob sie den Menschen einen erkennbaren und nachvollziehbaren Gewinn an Zukunftsgewissheit, an Lebenssicherheit und an Freiheitschancen vermitteln.

6. These: Der Sozialstaat ist mehr als ein Almosenstaat für die Bedürftigen. Er setzt auf sozialen Ausgleich durch staatliches Handeln und nimmt die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft dafür in Anspruch.

Der Sozialstaat stellt nicht nur Tafeln oder Suppenküchen auf, er erschöpft sich also nicht in der Fürsorge für Benachteiligte; er zielt auch auf den Abbau der strukturellen Ursachen für die Benachteiligung. Er ist der Handausstreckter für die, die eine helfende Hand brauchen. Er ist der große Ermöglicher. Er gibt den Armen nicht nur Bett und Dach, sondern ein Fortkommen aus der Armut. Nicht die freie Entfaltung des Kapitals ist das Anliegen der bürgerlichen Freiheitsrechte, sondern die freie Entfaltung der Persönlichkeit jedes Einzelnen. Deshalb gehören bürgerliche Freiheitsrechte und soziale Rechte auf zusammen. Eine Umverteilung von oben nach unten zum Zweck der sozialen Grundsicherung aller Bürgerinnen und Bürger und zur Herstellung annähernd gleicher Chancen und Lebensbedingungen ist kein sozialistischer Restposten, keine Sozialklimbim und kein Gedöns, sondern demokratisches Recht, für das der Staat einzutreten hat. Und wenn er es nicht tut, dann verletzt er Menschen- und Bürgerrechte, die in der Verfassung verankert sind. Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen, sie bilden eine Einheit.

Der Sozialstaat ist nicht ein Almosenstaat nur für die wirklich Bedürftigen, sondern sorgt durch eine aktive, gestaltende Sozialpolitik für den sozialen Ausgleich, nimmt die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft für die Finanzierung des Sozialstaates in Anspruch. Konkret: So viele engagierte Bürger können mit noch so vielen Tafeln einen Sozialstaat nicht ersetzen.

Das Hauptproblem der Sozialstaatskrise darin liegt, dass die Politik die Solidarität beschädigt hat und einen Sozialstaat konstruiert hat, der zu wenig Menschen in die Solidarität einbezieht und der Gesellschaft zu wenig Solidarität zumutet. Wie die Bürgerinnen und Bürger für die Gewährleistung gleicher Rechte den Rechtsstaat "brauchen", so "brauchen" sie für die Gewährleistung dieser materiellen Voraussetzungen den Sozialstaat. Der demokratische Sozialstaat ist also Instrument der Solidarität zwischen Bürgerinnen und Bürgern, um sich wechselseitig in die Lage gleichberechtigter Teilhabe zu versetzen. Zentral wird sein, die Reichweite der Solidaritätsgrundlagen zu erweitern.

Der Staat hat deshalb nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht für die sozialstaatlichen Aufgaben auch jene Mittel über Steuern zu besorgen, die er

braucht, um die Aufgaben erledigen zu können. Gegenüber dem Jahr 2000 hat der Staat durch Steuersenkungspolitik auf Einnahmen in Höhe von 80 Mrd. Euro verzichtet. Gegenüber Frankreich haben die öffentlichen Hände ca. 131 Mrd. Euro Mindereinnahmen. Ausweitung der Solidarität bedeutet also, die Ertragskraft der Unternehmen, alle Bürgerinnen und aller Bürger mit allen Einkünften gerecht und fair an der Finanzierung des Sozialstaates zu beteiligen.

Wenn die Aussage, die Wirtschaft sei für den Menschen da und nicht der Mensch für das Wohlergehen der Wirtschaft, keine nichtssagende Leerformel sein soll, dann bedeutet dass, dann sind sozialstaatliche Ausgaben keine ‚Kosten‘, die vom Ertrag der Wirtschaft abgehen oder ihren Erfolg schmälern, sondern die Wirtschaft erfüllt genau dann ihren Zweck. Deshalb bezieht sich die Frage, was unser Sozialstaat ‚kostet‘, darauf beziehen, ob er uns *wert* ist, was er uns kostet. Der einzige gemeinsame Maßstab, in dem sowohl der Aufwand als auch der Ertrag im ganzen sich messen und miteinander vergleichen lassen, ist der ethische Wertmaßstab der Solidarität. Wer diesen Maßstab nicht wertschätzt, für den ist der Sozialstaat allemal zu teuer.

7. These: Die Reformen, die anstehen. Nicht die bloße Reparatur von Krisenschäden, sondern ein Neustart jenseits des Finanzkapitalismus scheint die angemessene Antwort auf die Krise zu sein. Es geht um den Ausbau der sozialstaatlichen Grundlegung der Demokratie geht. Armutsbekämpfung ist möglich, wenn die Reformpolitik die Solidarität ausweitet.

Nicht die bloße Reparatur von Krisenschäden, sondern ein Neustart jenseits des Finanzkapitalismus scheint mir die angemessene Antwort auf die Krise zu sein.

Die Wirtschaftskrise ist eine Zeit für eine Renaissance des Sozialstaates, weil er jetzt mehr und nicht weniger gebraucht wird. Wenn es um einen Ausbau der sozialstaatlichen Grundlegung der Demokratie geht, dann stellen sich ganz andere als die üblicherweise diskutierten Fragen:

- Wie kann die Sozialversicherung so weiterentwickelt werden, dass sie nicht mehr allein an den Arbeitnehmerstatus gebunden ist, sondern der Tatsache gerecht wird, dass die Erwerbssituation der Menschen brüchig geworden ist

und sie eine Sicherheit in dieser Lage brauchen. Die großen sozialen Sicherungssysteme müssen zu einer Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden? Die Sicherungssysteme müssen allen Menschen ein Leben in Würde mit und ohne Erwerbsarbeit ermöglichen: garantierte Mindestlöhne, mehr Kindergeld und eine armutsfeste Grundsicherung sind wichtige Elemente. Ein garantiertes Grundeinkommen z.B. wäre darüber hinaus ein innovativer Ausbau des Sozialstaates, der ökonomisch sinnvoll und sozialpolitisch notwendig wäre, denn die Existenz besonders der armen Menschen wäre gesichert. Deshalb lautet die erste Leitlinie: Soziale Sicherheit für alle.

- Wie kann Chancengerechtigkeit entstehen, die sichert dass alle Menschen die Chance haben sich in dieser Gesellschaft verwirklichen, alle Menschen Platz haben in der Gesellschaft und am Reichtum teilzuhaben? Dies erfordert ein Bildungssystem, das alle Schülerinnen und Schüler möglichst frühzeitig fördert und nicht auf Auslese und Elitebildung setzt. Im Arbeitsleben brauchen wir neue Formen des Teilens von Arbeit. Zwischen Jung und Alt, Männern und Frauen, Beruf und Familie. Deshalb lautet die zweite Leitlinie: Fair beteiligen und fair verteilen.
- Wie gehen wir mit Alten, Kranken, Behinderten und sozialen Minderheiten um? Hier müssen Beschäftigungsverhältnisse im weitesten Sinne des Wortes geschaffen werden, die für die Arbeitenden befriedigend und für die Gemeinschaft nutzbringend sind. Die sozialen Dienstleistungen sollten ausgebaut werden. Für Pflegekräfte ist vor wenigen Wochen ein Mindestlohn von 8,50 Euro vereinbart worden – das ist nach der Abfallwirtschaft mit 8,02 Euro und den Wäschereidienstleistungen von 7,51 Euro der niedrigste Mindestlohn, den es in Deutschland gibt. Achtung der Würde der Arbeit für alte und pflegebedürftige Menschen sieht anders aus!

Armutsbekämpfung ist möglich. Um aus der Krise sozial gerecht und ökonomisch effizient heraus zu kommen, wäre es notwendig, eine Armutspolitik mit folgenden Inhalten zu organisieren:

1. Der Sozialstaat muss vor Armut schützen und Mindestsicherungselemente enthalten: bedarfsgerechte Anhebung der

Regelsätze für Erwachsene, Kinder und Jugendliche seit Einführung der Hartz IV-Gesetze überfällig, Kindergrundsicherung, Mindestrente

2. Das Bildungssystem muss den sozialen Aufstieg unabhängig von sozialer Herkunft gewährleisten
3. Ein progressiver Steuersatz mit hoher Steuerquote
4. Existenzsichernde Jobs und Verringerung des Niedriglohnsektors: Mindestlohn, der vor Armut schützt. Da es keinen Mindestlohn in Deutschland gibt, müssen mit Steuergeldern 9,5 Mrd. Euro an Steuergeldern für die sog. Aufstocker aufgewendet werden.
5. Erhöhung der Frauenerwerbsquote und Vereinbarkeit für Eltern von Arbeit und Familie
6. Weiterqualifizierung der Personengruppen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind
7. Bezahlbare Wohnungen.

Genau jene Länder, die in den acht Punkten die besten Ergebnisse erzielen, haben auch die geringsten Armutsraten und besten Bildungschancen in Europa: Dänemark, Finnland, Schweden, Niederlande. Wer also Armut bekämpfen will, der muss sein Sozialsystem auf den Prüfstand dieser acht Indikatoren stellen.

Deshalb ist der Ausbau des Sozialstaates der Schlüssel zur Regulierung des Kapitalismus. Ein solcher Sozialstaat ist immer auch ein widerständiger Sozialstaat, der die Ansprüche und Rechte der Bürger gegen die Wirtschaft durchsetzt. Noch so viele engagierte Bürger können in noch so vielen Parteien nicht so viel soziale Sicherheit schaffen, wie ein ausgebauter Sozialstaat. Das Ausmaß von Parteien ist ein Indikator für das Ausmaß des Scheiterns einer gerechten Politik.

Dies kann nur gelingen, wenn der finanzmarktgetriebene Kapitalismus zurückgedrängt wird. Deshalb ist die Krise nicht dann vorüber, wenn das Wirtschaftswachstum wieder anspringt und gleichzeitig prekäre Beschäftigung und Leiharbeit wieder zunehmen, sondern Maßstab für die Überwindung der Krise ist die Überwindung von Armut in unserem reichen Land. Die Schwaben zeigen der ganzen Republik, dass sie sich wehren und gigantische Bauprojekte verhindern. Wir brauchen eine Bewegung für mehr Gerechtigkeit in unserem Land.